

ANGELIKA TIMM

ÜBER VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT UND GRENZEN MILITÄRISCHEN GEWALTEINSATZES

ISRAELISCHE INNENSICHTEN AUF DIE ERSTÜRMUNG DER «MAVI MARMARA»¹

In jedem Jahr, um den 5. Juni herum, rufen israelische Friedensorganisationen zu Veranstaltungen auf, in denen das Ende der israelischen Okkupation der 1967 besetzten palästinensischen bzw. arabischen Gebiete gefordert und Friedensregelungen angemahnt werden. 2010 hatten Peace Now, Gusch Schalom, Physicians for Human Rights im Bündnis mit Linksparteien wie Chadasch und Merez zur Demonstration entlang der zentralen Ibn Gvirol Magistrale und zu einer Kundgebung auf dem Platz vor dem Tel Aviver Museum eingeladen. Diesmal freilich bewegte die ca. 8000 Demonstranten vor allem die in den Morgenstunden des 31. Mai 2010 durchgeführte Kommandoaktion der israelischen Armee gegen die «Free Gaza»-Flotte.

ZIELE DER «FREE GAZA»-FLOTTILLE UND ISRAELISCHE REGIERUNGSPPOSITIONEN

Die am 31. Mai etwa 100 Seemeilen vor der israelischen Küste in internationalen Gewässern von einer israelischen Eliteeinheit aufgebrachten sechs Schiffe sollten Hilfsgüter in den seit 2007 abgeriegelten Gazastreifen bringen. Ihre Organisatoren verfolgten darüber hinaus das Ziel, «die Absperrung Gazas zu durchbrechen» und die internationale Öffentlichkeit für ein Ende der Blockade zu mobilisieren. 682 Zivilisten aus 35 Ländern, vor allem Angehörige türkisch-islamischer Wohlfahrtsorganisationen, aber auch namhafte europäische Friedensaktivisten und Palästinasympathisanten, begleiteten den Transport. An Bord der unter türkischer Flagge fahrenden *Mavi Marmara* befand sich, in der Menge karitativ motivierter Passagiere, offensichtlich auch eine Gruppe (Schätzungen sprechen von 40) gewaltbereiter türkischer Aktivisten, die darauf vorbereitet waren, sich der möglichen Erstürmung des Schiffes zu widersetzen. Initiatorin des Schiffskonvois war die in der zypriotischen Hauptstadt Nikosia registrierte internationale Organisation *Free Gaza Movement*, die seit 2009 mehrfach vergeblich versucht hatte, Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu bringen.

Die israelische Regierung war auf Konfrontation eingestellt. Parallel dazu schlug sie vor, die Schiffe im israelischen Hafen Aschdod zu löschen und die Waren, soweit nicht als Sicherheitsrisiko eingestuft, auf dem Landweg nach Gaza zu transportieren. Die Bedenken und Ratschläge von Spitzendiplomaten des israelischen Außenministeriums, die Flotte erst beim Eintreten in die israelischen Hoheitsgewässer, also 20 Seemeilen vor Gaza, abzufangen, wurden ignoriert (vgl. Haaretz, 10. Juni 2010, S. 1). Die Armeeführung setzte vielmehr auf Gewalt, Abschreckung und den «worst case» weit draußen auf dem Meer. Israelische Journalisten, «embedded» in das Eingreifkommando, begleiteten die Militäraktion, um die Vorgänge zu dokumentieren und Berichte der an Bord der Schiffe befindlichen 60 ausländischen Medienvertreter zu «verifizieren». In Aschdod waren Vorbereitungen für die Internierung der nahezu 700 Passagiere getroffen worden. Das Verteidigungsministerium hatte Millionen Schekel für die Aktion eingeplant (HA, 31. Mai 2010, S. 3).²

Das militärische Vorgehen war – freilich nur in Grundlinien und recht allgemein – im israelischen Kabinett diskutiert worden. Die konkreteren Entscheidungen über die Aktion traf das Sicherheitskabinett, das so genannte «Forum der Sieben» – Netanjahu (Premier), Lieberman (Außenminister), Barak (Verteidigungsminister), Meridor (Aufklärung und Atomfragen), Yaalon (Strategische Angelegenheiten), Jishai (Innenminister) und Begin (ohne Portefeuille) – ein Gremium, das juris-

¹ Der Newsletter konzentriert sich – in Form eines kommentierten Pressereviews – auf den Umgang der israelischen Öffentlichkeit mit dem jüngsten tragischen Geschehen im östlichen Mittelmeer. Über die den offiziellen israelischen Argumentationsmustern entgegengesetzten, sie infrage stellenden bzw. sie weitgehend korrigierenden Sichten und Erlebnisse der an Bord der «Free Gaza»-Flotte weilenden europäischen Aktivisten – Henning Mankells etwa – wurde in den internationalen Medien umfassend berichtet. Gleiches gilt für die internationalen Reaktionen auf die Ereignisse vor Gaza, die Gaza-Blockade, die Diskussion im UN-Sicherheitsrat, die Stellungnahmen der türkischen u. a. Regierungen sowie die Forderungen nach einer internationalen Untersuchungskommission. ² Bei Zitierung der hebräischen Ausgabe der Tageszeitung Ha-Arez wird nachfolgend die Abkürzung HA benutzt; die englischsprachige Ausgabe ist als Haaretz gekennzeichnet.

tisch nicht befugt ist, derartig weit reichende Beschlüsse zu fassen (HA, 1. Juni 2010, S. 5). Die Operation endete mit dem Tod von neun türkischen Aktivisten und 40–50 Verwundeten, unter ihnen einige israelische Soldaten; die inhaftierten Passagiere wurden, häufig in Handfesseln abgeführt, in Aschdod interniert und nach kurzer Untersuchungshaft bzw. ausführlicher Befragung aus Israel ausgewiesen.

RINGEN UM DIE DEUTUNGSHOHEIT

Das Bemühen der israelischen Regierung, die Deutungshoheit über das Geschehen um die Gaza-Hilfsflotte zu behaupten, begann – parallel zu den militärischen und praktisch-materiellen Vorbereitungen – bereits zwei Monate vor dem Ereignis. Unmittelbar nach dem tödlichen Sturm auf die *Mavi Marmara* wurde eine umfassende Rechtfertigungskampagne gestartet, die neben häufig verwendeten PR-Stereotypen auch eine Reihe neuer Elemente enthält. Fünf zentrale Argumentationsmuster seien kurz skizziert:

- Die seit Sommer 2007 anhaltende Blockade Gazas sei einzig darauf gerichtet, Raketenbeschuss bzw. Waffenschmuggel zu unterbinden und die Freilassung des Soldaten Gilad Schalit zu erzwingen. Israel habe in den letzten Monaten in großem Umfang zivile Güter nach Gaza durchgelassen, so dass kein Anlass bestehe, für den Streifen von einer «humanitären Katastrophe» zu sprechen. Am 2. Juni erklärte Premier Netanjahu in einer Fernsehansprache, Israel werde seine Sanktionen aufrecht erhalten, da Gaza andernfalls zu einem «iranischen Hafen» bzw. «zu einer Basis iranischer Raketen» werde, die gleichermaßen Israel und Europa bedrohen würden (HA, 3. Juni 2010, S. 2).
- Die Gaza-Solidaritätsflotte sei – so Netanjahu ebenfalls am 2. Juni – eine «Flotte des Hasses» gewesen. Israel habe davon ausgehen müssen, dass die Schiffe Waffen und extremistische Infiltranten nach Gaza bringen wollten und dass die Solidaritätsgüter an Bord nur der Täuschung dienten. Die Ablehnung der israelischen Offerte, die Güter über den Hafen Aschdod nach Gaza zu transportieren, spräche dafür, dass keineswegs humanitäre Hilfeleistung die Aktivisten bewegt habe. Einer der am Überfall beteiligten Marine-Offiziere nannte die Passagiere der «Free Gaza»-Flotte «gekaufte Mörder, deren einziges Ziel es war, Soldaten zu töten» (Haaretz, 4. Juni 2010, S. 1). Es hätte sich vor allem um *Al-Qaida*-nahe «Aktivisten des harten Kerns der türkischen IHH-Gruppe» gehandelt.
- Zum Geschehen auf der *Mavi Marmara* verlautbarten Regierung und Armeeführung einhellig, dass es sich um einen sorgfältig geplanten terroristischen Angriff der Schiffsbesatzung auf israelische Soldaten und um versuchten «Lynchmord» gehandelt habe. Die Mitglieder des IDF-Kommandos hätten einzig in Notwehr gehandelt und die Führung des Kommandos habe sich gezwungen gesehen, Feuerbefehl zu erteilen, in dessen Verlauf acht türkische und ein US-amerikanischer Staatsbürger mit türkischem «Migrationshintergrund» getötet wurden. Während die wilden Spekulationen und Schuldzuweisungen der ersten Woche langsam ruhigeren Tönen weichen, tauchen nunmehr genauer durchdachte Argumentationsmuster in den Medien auf. Die Befragung der ca. 500 türkischen Passagiere der *Mavi Marmara* hätte z. B. ergeben, dass es sich bei der großen Mehrheit um humanitär motivierte Aktivisten gehandelt habe, die vor der Abreise einer Sicherheits-

kontrolle unterzogen wurden, da striktes Waffenverbot an Bord herrschte. Nur eine kleine Gruppe von 3–4 Dutzend Mitgliedern der türkischen IHH-Wohlfahrtsorganisation habe sich dem entzogen, sich an Bord mit Waffen – Küchenmessern, Äxten aus der Feuerlöschhausrüstung, Metallstangen aus den Rettungsbooten – versehen, das Oberdeck besetzt und sich dem israelischen Spezialkommando militant widersetzt (Haaretz, 10. Juni 2010, S. 2).

- Die internationale Kritik am israelischen Vorgehen bezeichnete Netanjahu als Akt der Heuchelei. Die abgestimmte arabisch-europäische Propagandaoffensive – so formulierte Zvi Mazel in der *Jerusalem Post* bereits am 1. Juni – diene einzig dazu, «den jüdischen Staat zu delegitimieren, seine Isolation zu vertiefen und einen internationalen Aufschrei zu provozieren» (Jerusalem Post [JP], 1. Juni 2010, S. 15). In diesem Zusammenhang wurde vielfältig das massenwirksame Stereotyp reaktiviert, alle Welt sei gegen Israel bzw. Israel müsse auf sich allein gestellt seine Existenz und Sicherheit verteidigen.
- Israel sei keineswegs bereit, sich einer internationalen Untersuchung zu stellen oder seine Armeeangehörigen von einer entsprechenden UN-Kommission befragen zu lassen. Zudem sei nur Israel, siehe Goldstone, ein Objekt derartiger internationaler Untersuchungen. Die in weit höherem Maße tödlichen Ereignisse in Darfur, Somalia, Irak oder Afghanistan seien für die UNO bisher kein Anlass gewesen, entsprechende Nachforschungen einzuleiten.

Die dargestellten Argumentationsmuster wurden und werden von der israelischen Massen- und Rechtspresse ohne größere Variationen nachvollzogen; sie sind offensichtlich auch Grundlage für PR-Empfehlungen an die israelischen Auslandsvertretungen und werden nahezu im Wortlaut durch die Israel-Lobby in westeuropäischen Staaten, auch in Deutschland, kolportiert.

GEWALTEXZESS, WAHRHAFTIGKEIT UND MORAL – DAS LYNCHMORD-MOTIV

Über die Wahrhaftigkeit der politisch vorgegebenen Deutungsmuster bzw. der Medienberichterstattung in Israel sinnt der 86 Jahre alte Uri Avnery nach, einer der integersten und würdigsten (auch glaubwürdigsten) Persönlichkeiten der israelischen Friedensbewegung, darüber hinaus ein gestandener Journalist und, als ehemaliger Knesset-Abgeordneter, ein genauer Kenner der israelischen Realität. Eine «nahezu totalitäre Propagandamaschine», so Avnery, habe «unentwegt ein einziges Bild und eine einzige Aussage verbreitet» – das Bild und die Worte der in die Marine «eingebetteten» Journalisten über den Schlagabtausch zwischen türkischen Aktivisten und israelischen Marines. Bei den Medienkonsumenten musste dadurch der Eindruck entstehen, ein israelisches Schiff sei von militanten, prügelnden Türken angegriffen worden. «Gleichzeitig wurde den Bürgern die Möglichkeit genommen, etwas anderes zu sehen oder zu hören» (Haaretz, 7. Juni 2010, S. 7). Dazu ist anzumerken, dass die Filmaufnahmen und die gesamte technische Ausrüstung der an Bord der Schiffe befindlichen ausländischen Journalisten bei deren Verhaftung durch die israelische Armee konfisziert worden waren (vgl. auch Amira Hass: Press groups protest handling of journalists, Haaretz, 3. Juni 2010, S. 7).

Was genau geschah an Bord der *Mavi Marmara*? Wie schwer und nahezu unmöglich es ist, auch nur ein Körnchen Wahr-

heit aus den Verdächtigungen und gezielten Fehlinformationen heraus zu sintern, mag am Beispiel des Reizwortes «Lynchmord» dargestellt werden. Die israelischen Medien ließen in den Tagen nach der Erstürmung des türkischen Flaggschiffs einige beteiligte Marinesoldaten zu Wort kommen. Einer von ihnen lieferte dem befragenden Reporter dann auch das Stichwort, das sehr bald zur zentralen Deutungsformel der israelischen Propagandamaschine aufstieg, ins Herz der öffentlichen Meinung vorstieß, verallgemeinert wurde und seitdem unentwegt von Politikern und Medien wiederholt wird.

Danach hätten die türkischen Aktivisten den vorgefassten Plan umzusetzen versucht, im Getümmel auf dem Oberdeck der *Mavi Marmara* die angreifenden Marines zu lynchen. Dem jedoch stehen Berichte – gleichfalls von israelischen Beobachtern – gegenüber, nach denen die Verteidiger des Schiffes mehrere Schusswaffen an sich genommen, sie auch benutzt und vorübergehend sogar drei israelische Soldaten in ihre Gewalt gebracht hätten. Die «lynchbereiten IHH-Terroristen» hatten somit für einen begrenzten Zeitraum durchaus die reale Möglichkeit, mehrere angreifende bzw. bereits wehrlose Israelis zu töten – sie taten es jedoch nicht.

Nun sei eingeräumt, dass der Angstkomplex, gelyncht zu werden, in der israelischen Armee (spätesten seit dem Ramallah-Zwischenfall von Herbst 2000) verbreitet ist und das Agieren bzw. Reagieren einiger Angehöriger des israelischen Kommandos bestimmt haben mag – und dass diese ihre Emotionen später zu Protokoll gaben, sei es auch nur als Schutzbehauptung für das eigene Vorgehen. Eine gleichermaßen mögliche Deutung für die immerhin zentrale PR-Formel könnte jedoch auch sein, dass es sich um ein ob seiner traumatischen Impressivität einfallsreiches Element der rasch einsetzenden israelischen Konterpropaganda handelt.

PR- und Medienspezialisten sind überall auf dem Erdball höchst produktiv, wenn es um politisch, materiell oder medienwirksam gut zu vermarktende Erfindungen, Behauptungen oder Fehlinformationen geht (siehe der anfängliche Umgang mit dem Kundus-Zwischenfall der deutschen Bundeswehr). Ohne das Zeugnis unabhängiger Beobachter, d. h. ohne jede Chance der Verifizierung, sei Vorsicht bei derartigen Verdächtigungen angemahnt. Auch die der israelischen Version diametral entgegengesetzten Darstellungen des gleichen Geschehens aus der Sicht und dem Erleben nicht gewalttätiger türkischer Passagiere – in den Zeitungen ihres Heimatlands veröffentlicht – helfen ob ihrer möglicherweise einseitigen Parteinahme nicht bei der Wahrheitsfindung. Macht, Interessen, Wahrheit und Moral sind offensichtlich Kategorien, die im politischen Leben, mehr noch in Extremsituationen, nicht miteinander vereinbar zu sein scheinen.

Den israelischen Medienkonsumenten geht es letztlich nicht anders als ihren Counterparts weltweit. Sobald bestimmte simple Reizwörter den Filter des kritischen Abwägens erreichen, setzt dieses aus und «bedingte», mitunter auch «unbedingte Reflexe» stellen sich ein. Bei negativen Signalen können es Angst, Hass, Rachegefühl oder ähnliche Abwehr- bzw. Aggressionskomplexe sein. Für die Masse der israelischen Zeitungsleser, Rundfunkhörer, Fernsehzuschauer oder Nutzer neuester Medien sind derartige Reizwörter z. B. Iran und Ahmadinejad, *Hamas*, *Hizbollah* und *Al-Qaida*, bedingt auch Syrien und Assad, neuerdings Türkei und Erdogan bzw. – stark dämonisiert – IHH. Jede noch so absurde Unwahrheit

und jede Irreführung seitens der Politiker oder Medienvertreter werden automatisch glaubwürdig, wenn sie mit einem der genannten Begriffe in Verbindung gebracht werden. Politiker zumindest wissen, dass eine in Angst lebende bzw. mit Traumata belastete Bevölkerung leichter zu regieren ist denn ein selbstbewusstes und störrisch-kritisches Volk.

STIMMUNGSBILDER IN DER BEVÖLKERUNG

Die liberale israelische Presse berichtete bereits am Tag nach den Ereignissen in kritischen Worten über «Falle», «Fehl-schlag» oder «Versagen» (der Armee) und forderte eine Untersuchungskommission. *Haaretz* schrieb im Leitartikel unter der Überschrift «Preis der gescheiterten Politik», nur wenn Israel eine staatliche Untersuchungskommission bilde, könne es seine Bürger und Freunde weltweit davon überzeugen, dass es die Konfrontation und deren Folgen bedauere und gewillt sei, aus den Fehlern zu lernen (*Haaretz*, 1. Juni 2010, S. 1 u. 5).

Der Schriftsteller David Grossman verlieh seiner Bestürzung und Enttäuschung wie folgt Ausdruck: «Das brutale Vorgehen der Armee zeigt, wie tief Israel gesunken ist. [...] Wer Augen zum Sehen hat, sieht es, jeder versteht und erspürt es. Schon erheben sich Stimmen, die die (natürlichen und berechtigten) Schuldgefühle vieler Israelis flugs in eine lautstarke Anklage gegen die ganze Welt verwandeln wollen» (*Haaretz*, 1. Juni 2010, S. 1 u. 7).

Das durch Politik und Medien suggerierte Gefühl, Israel sei isoliert und werde nun auch von Europa und den USA im Stich gelassen, brachte nicht wenige Israelis dazu, sich mit den Soldaten und deren Vorgehen zu solidarisieren. Rechtsnationalistische Bewegungen wie *Im Tirzu* und *Bnei Akiva* riefen dazu auf, die Armee und insbesondere die Marine moralisch zu unterstützen, die «Heuchelei der Türkei» zu entlarven und der psychologischen Kampagne der Gegenseite offensiv zu begegnen. Ein Terrorist verdiene keine Gnade (<http://www.ynet.co.il>, 2. Juni 2010).

Ganz im Sinne der rechtsnationalistischen Propagandisten veröffentlichte die Internetseite von *Aruz 7* (Kanal 7) eine Flut von Stellungnahmen, um die internationale antiisraelische Medienkampagne zu neutralisieren. «Verräterische Feinde von zu Hause» machten gemeinsame Sache mit «Brigaden der heuchlerischen europäischen anarchistischen Linken»; sie hätten sich mit dem «antisemitischen, islamischen, arabischen Abschaum und pro-Nazi-Gruppen auf der ganzen Welt» verbündet (<http://www.inn.co.il>, 2. Juni 2010).

In Umfragen wurde offenkundig, dass die Mehrheit der jüdischen Bürger Israels eine Stärkung der *Hamas* fürchtet und die soziale Lage der in Gaza lebenden 1,5 Millionen Palästinenser ignoriert bzw. als irrelevant betrachtet. Zum weitgehenden Konsens der Bevölkerung gehört, dass es notwendig gewesen sei, die Hilfsflotte zu stoppen und auf Waffenschmuggel hin zu untersuchen. Zugleich sind 62,7 % der Befragten der Meinung, dass letzteres auf andere Art und Weise, d. h. nicht unbedingt durch eine Militäraktion, hätte geschehen müssen; fast jeder zweite jüdische Israeli sprach sich für die Etablierung einer Untersuchungskommission aus (*Maariv*, 2. Juni 2010, S. 3).

In den Medien und in Teilen der Bevölkerung wurde (und wird) zwischen der Entscheidung der Regierung und dem Vorgehen der Armee dahingehend unterschieden, dass die Politiker prinzipiell richtig gehandelt hätten, standen doch

nationale Interessen auf dem Spiel. Nur im Geheimdienst und in der Armee hätte es bei der militärischen Umsetzung des «Verteidigungsauftrags» Fehlsichten, Irrtümer und mangelnde Professionalität gegeben. «Eine richtige Entscheidung, aber schlecht ausgeführt», so der Haupttenor israelischer Zeitungen. Zu den eher nachdenklichen Stimmen gehören zahlreiche ehemalige und aktive Offiziere. Am 7. Juni rief der 1988 von Reserveoffizieren und -soldaten gegründete *Rat für Frieden und Sicherheit* die Regierung z. B. dazu auf, die Blockadepolitik zu überprüfen und neue Wege zu finden, um Kriegsgerät nicht nach Gaza gelangen zu lassen, den Warentransfer jedoch zu ermöglichen. Israel dürfe nicht nur auf äußeren Druck reagieren, sondern müsse selbst politische Prozesse initiieren. Den Aufruf unterzeichneten nahezu 400 ranghohe Militärs, unter ihnen zahlreiche ehemalige Generäle, sowie namhafte Intellektuelle (HA, 7. Juni 2010, S. 5).

KRITISCHE STIMMEN ISRAELISCHER KÜNSTLER UND PUBLIZISTEN

Im Gegensatz zu den PR-Stereotypen der israelischen Regierung und der rechten Medien bildete sich in der internationalen Öffentlichkeit relativ schnell ein Konsens heraus, nach dem die Attacke auf den Hilfskonvoi in internationalen Gewässern als Piraterie, der Widerstand der türkischen Aktivisten als legitimer Akt der Selbstverteidigung und die Verbringung der Passagiere in den israelischen Hafen Ashdod als völker- bzw. seerechtswidriges «Kidnapping» gewertet werden müssten. Nicht wenige kritische israelische Kommentatoren stimmen dem, zumindest teilweise, zu. Sie stellen Fragen nach den Hintergründen des Zwischenfalls: Waren die Entscheidung des israelischen Sicherheitskabinetts bzw. das Handeln der verantwortlichen Exekutoren rechtmäßig, waren sie überdies verhältnismäßig und klug, existierten keine Handlungsalternativen zum exzessiven Gewalteininsatz? Wo liegt die konkrete Verantwortung für die Überreaktion der Armee bzw. für die unprofessionelle Durchführung der Aktion? Hat der Einsatz struktureller Gewalt gegen zivile Objekte moralische oder juristische Grenzen?

«Wer nur einen Hammer hat», zitiert Amos Oz ein Sprichwort, «für den sieht jedes Problem wie ein Nagel aus». Seit dem Sechstagekrieg 1967 sei Israel nur noch auf militärische Stärke fixiert. «Das Mantra lautet: Was man mit Gewalt nicht schafft, das erreicht man mit mehr Gewalt». *Hamas*, so Oz, verkörpere nicht nur eine Terrororganisation, sondern auch eine «verzweifelte und fanatische Idee, geboren aus Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung». Noch nie jedoch sei eine Idee allein durch Gewalt besiegt gewesen. Militärische Stärke bleibe lebenswichtig für Israel, solle vor allem jedoch präventiv, d. h. für die Verteidigung, eingesetzt werden (HA, 2. Juni 2010, S. 1).

Manch kritischer Journalist denkt wie Amos Oz. Anshel Pfeffer etwa setzt sich in einer *Haaretz*-Kolumne mit dem zentralen Narrativ der Armee, der israelischen Presse und der Mehrheit der Bevölkerung auseinander, die Angehörigen des israelischen Einsatzkommandos hätten aus reiner Notwehr die türkischen Aktivisten getötet. Immer wieder werde gefragt: «Was wäre gewesen, wenn es ihnen gelungen wäre, einen unserer Soldaten zu töten?» Das rhetorische Argument, so Pfeffer, mag moralisch gerechtfertigt

und menschlich verständlich sein, verweise jedoch darauf, dass «wir jede Perspektive verloren haben, die außerhalb unserer eigenen Emotion liegt». 43 Jahre lang habe die Politik die Beendigung der Okkupation vor sich her geschoben bzw. das Problem der Armee überlassen. So gut jedoch «unsere Armee auch sein mag, das Resultat wird immer wieder Blutvergießen sein. Und wie gehen wir damit um? Wir suggerieren uns, dass einzig wir moralisch handeln und dass alle anderen uns zu töten trachten» (Haaretz, 4. Juni 2010, S. 6).

Ari Shavit, ein viel gelesener liberaler Journalist, geht noch einen Schritt weiter, indem er sein tiefes Misstrauen in die politische Führung des Landes formuliert, seien es nun der Leiter des Geheimdienstes, der Generalstabschef, der Verteidigungsminister oder der Ministerpräsident. «Nach dem Versagen (beim Sturm auf die Flotte)», so Shavit, «glaube ich nicht länger an die Fähigkeit des Geheimdienstes und der Spezialeinheiten, den Herausforderungen, vor denen der Staat Israel steht, gerecht zu werden.» Der Generalstabschef habe die Eliteeinheit in eine voraussehbare Falle geschickt. Verteidigungsminister Barak habe Israels Legitimität und damit die Sicherheit des Landes untergraben. Insbesondere der Premier isoliere das Land und mache es zu einem internationalen Hassobjekt. «Anstatt Palästinenser, Syrer und Türken gegen Iran hinter Israel zu scharen, treibt er sie Iran in die Arme. Anstatt die Europäer und Amerikaner für Israel einzunehmen, wiegelt er sie gegen das Land auf. Nach den Fehlern mit der Flotte zweifle ich an seiner Fähigkeit, den vor uns stehenden existenziellen Herausforderungen gerecht zu werden» (HA, 3. Juni 2010, S. 1b).

REAKTIONEN DER ISRAELISCHEN LINKEN

Vertreter linker Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen meldeten sich bereits am 31. Mai mit vehementer Kritik am militärischen und politischen Establishment zu Wort, so Yariv Oppenheimer, *Peace Now*: «Ein souveräner Staat kann doch nicht jede Protestaktion als Terrorakt behandeln, der in einem Blutbad enden muss» (www.peacenow.org.il, 31. Mai 2010).

Knesset-Mitglied Dov Khenin (*Chadasch*) und der ehemalige Parlamentsabgeordnete Mossi Raz (*Merez*) riefen spontan zu einer Protestkundgebung vor dem Verteidigungsministerium in Tel Aviv auf. Khenin warnte: «Die rechte und abenteuerliche Politik der Regierung kann einen Großbrand in der ganzen Region entfachen.» Uri Avnery (*Gusch Schalom*) fügte dem hinzu: «Nur eine verrückte Regierung, die alle Hemmungen und jeglichen Realitätssinn verloren hat, kann so etwas tun – Schiffe, die humanitäre Hilfe und Friedensaktivisten aus der ganzen Welt transportieren, als Feinde zu betrachten und eine größere militärische Streitmacht in internationale Gewässer zu schicken, um sie anzugreifen, zu schießen und zu töten» (Uri Avnery, Press Release, 31. Mai 2010). Spontane Demonstrationen fanden am 31. Mai auch in Beersheva, Jerusalem und Haifa statt.

Der 5. Juni 2010 wurde für die israelischen Demokraten zu einem hoffnungsträchtigen Tag. «Die Linke kehrte auf den Platz zurück, gut organisiert, zurückhaltend, höflich und staatsmännisch, wie in guten alten Zeiten», so umschreibt Gideon Levi (HA, 6. Juni 2010, S. 3) seinen Eindruck von Marsch und Kundgebung der 6000 bis 8000 vorwiegend säkular-askhenasischen Demonstranten anlässlich des

43. Jahrestags des Kriegsbeginns von 1967 und damit der Okkupation palästinensischen Bodens bzw. arabischer Territorien. Staatsmacht und nationale Rechte erwiesen sich als weniger «zurückhaltend und höflich». Ein dichter Polizeikordon umschloss den Versammlungsplatz vor dem Tel Aviver Museum, Sicherheitsbeamte «schossen» fleißig ihre Erkennungsfotos und fanatische Nationalisten versuchten immer wieder zu provozieren und die Zusammenkunft zu sprengen, sogar mittels Rauchbomben.

Die unter weiß-blauen (*Peace Now*, *Merez*, *Nationale Linke*) und roten (*Chadasch* u. a.) Fahnen Demonstrierenden freilich ließen sich nicht vom Platz vertreiben. Auf Plakaten, in Sprechchören und von der Rednertribüne herab verkündeten sie ihre Forderungen: «Wir lieben den Staat und schämen uns für die Regierung!»; «Israel und Palästina – zwei Staaten für zwei Völker»; «Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein»; «Die Regierung ertränkt uns alle – wir müssen nach Frieden streben»; «Bibi, Barak, Lieberman – tretet zurück!»; «Die Blockade Gazas – ein Unglück für Israel».

Uri Avnery meint, am 5. Juni zum Schabbatausgang auf dem Versammlungsplatz weitaus mehr Demonstranten als Levi ausgemacht zu haben. Mit diesem stimme er jedoch darin überein, dass selbst 6000 Aktivisten eine gewaltige Zahl wären, «wenn man die beispiellose Gehirnwäsche in Betracht zieht, der das Land in der letzten Woche ausgesetzt war. [...] Vielleicht werden die Bürger, die bisher abseits standen, aufgrund der Ereignisse der letzten Woche nunmehr verstehen, dass wir ein existenzielles Problem haben. Ich betrachte die Demonstration von Sonnabend als neues Erwachen. Wir haben einen langen Weg vor uns» (Haaretz, 7. Juni 2010, S. 7).

In der Tat steht die israelische Linke vor der schweren Aufgabe, sich neu zu formieren und sich in einer Atmosphäre nationalistischer Überhitzung und Manipulation zu artikulieren, vor allem auch hinsichtlich ihrer Kritik an der Armee. «Wir sind stolz auf unsere Soldaten und schämen uns für unsere Regierung», skandierten die Demonstranten – immerhin noch ganz im Spannungsbogen zwischen nationalen Tabus und politischer Distanz zur rechten Regierung.

Zweifellos ist es in Israel heute nicht leicht, sich offen als Linker zu bekennen oder – wie am 31. Mai – vor dem Ministerium den Rücktritt des sozialdemokratischen Verteidigungsministers zu fordern. Andererseits sind es in diesen Tagen gerade die israelischen Linken im Bündnis mit kritischen Schriftstellern, prominenten Künstlern und couragierten Journalisten, die die Ehre, die Würde und das Gewissen des israelischen Volkes vor der Geschichte und vor der internationalen Öffentlichkeit verteidigen. Nicht «Israel» und nicht «die Israelis», so die Forderung der wahrhaft patriotisch gesinnten Demokraten, sondern das politisch bestimmende Establishment solle sich für die Völker- und Menschenrechtsverletzungen im Gazakrieg und für die Toten auf der *Mavi Marmara* verantworten – und zwar sowohl gegenüber den Palästinensern und Türken als auch gegenüber dem israelischen Volk.

DAS ARABISCHE ISRAEL AM PRANGER

Auf den Schiffen des Hilfskonvois befanden sich auch einige arabische Staatsbürger Israels, neben der *Balad*-Knesset-Abgeordneten Hanin Zuabi die religiösen und politischen Führer der islamischen Bewegung in Israel, Scheich Raad

Salah und Scheich Hammad Abu Daabes, der Führer des *Arab Higher Monitoring Committee*, Mohammed Zeidan, und die Koordinatorin des *Alternative Information Center* und Sprecherin der «Free Gaza»-Delegation, Lubna Masarwa. Sie wurden verhaftet und für fünf Tage unter Hausarrest gestellt. Bei ihrer Rückkehr in die Heimatorte wurden sie von der Bevölkerung als Helden gefeiert.

Bereits am 31. Mai war es in mehreren arabischen Ortschaften zu spontanen Demonstrationen gekommen. Für den 1. Juni wurde für den arabischen Sektor der Generalstreik ausgerufen und weitgehend befolgt. Auch an der spontanen Demonstration vom 31. Mai vor dem Verteidigungsministerium nahmen nicht wenige palästinensische Bürger Israels teil. Der Haupttenor der arabischen Presse schwankte zwischen Enttäuschung und Wut. Jaffar Farah, Direktor der arabischen Organisation *Mussawa* aus Haifa, stellte die Angriffe auf die Aktivisten an Bord des Hilfskonvois in eine Reihe mit aktuellen Versuchen des rechten politischen Establishments, die arabischen Bürger auszugrenzen: 23 Gesetzesvorschläge sowie mehrere Anklageschriften gegen arabische Knesset-Mitglieder und Aktivisten zivilgesellschaftlicher Organisationen seien inzwischen eingereicht worden. Das bittere Fazit: Die jüdischen «Demokraten» schwiegen weitgehend zu der antiarabischen Stimmungsmache und zu den Versuchen, palästinensischen Staatsbürgern die Identität zu rauben und die bürgerlichen Rechte zu beschneiden. Das Zusammenleben von Juden und Arabern werde in Israel zunehmend zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen (<http://news.walla.co.il>, 2. Juni 2010).

Am 2. Juni erreichte der politische Tsunami das israelische Parlament. Die betreffende Knesset-Debatte, gewiss keine «Sternstunde demokratischer Parlamentskultur», geriet zur Farce. Als Hanin Zuabi, einzige weibliche arabische Knesset-Abgeordnete, als Passagierin an Bord der *Mavi Marmara* Augenzeugin des tragischen Vorfalles, dem Plenum ihre Sicht des Geschehens darzulegen suchte, sah sie sich wüsten Beschimpfungen und persönlichen Beleidigungen aus nahezu allen rechten Parlamentsfraktionen ausgesetzt. Miri Regev (*Likud*) warf ihr vor, «Terroristen unterstützt und ein moralisches Verbrechen gegen den israelischen Staat» begangen zu haben. «Verschwinde nach Gaza, du Verräterin» rief ihr die *Likud*-«Demokratin» zu. Andere Volksvertreter wollten Frau Regev nicht nachstehen. «Wir brauchen kein trojanisches Pferd in der Knesset», schrie Anastasia Michaeli (*Jisrael Beiteanu*). Israel sei ein demokratischer Staat und niemand solle in der Knesset reden dürfen, der die Positionen von Terrororganisationen vertrete.

Die Hemmschwelle politischen Anstands war damit überschritten. «Meiner Meinung nach hat Hanin Zuabi das Recht einer Abgeordneten verloren, da sie das Blut anderer vergossen hat», so Israel Hasson (*Kadima*); «Dein Platz ist nicht in der Knesset, sondern im Gefängnis» (Danny Danon, *Likud*); «Du gehörst zu denen, die die auf dem Schiff getöteten Menschen ermordet haben» (Yulia Shamalov Berkovich, *Kadima*, wissend, dass alle auf dem Schiff Getöteten den Kugeln israelischer Soldaten zum Opfer fielen). Der Vorsitzende der *Chadasch*-Fraktion Mohammed Barakeh, sich mit Zuabi solidarisierend, trug nicht unbedingt zur Beruhigung der Atmosphäre bei. Die Regierung sei «eine Piratenbande». «Ihr seid wahnsinnig», legte er nach, «ihr schwimmt gegen den Strom der Welt, ihr schadet eurer Nation, indem ihr sie vor die

Hunde gehen lasst» – für gestandene Nationalisten tief beleidigende Worte!

Mehrmals drohte die Debatte in Handgreiflichkeiten auszuufahren. 10 Abgeordnete mussten vom Parlamentspräsidenten des Saales verwiesen und von Knesset-Angestellten hinausgeführt werden. Yossi Sarid, als ehemaliger Vorsitzender der linkszionistischen *Merez*-Partei ein langjähriger Parlamentarier, meinte sarkastisch mit Blick auf die verbalen Entgleisungen und auf das Verhalten der Debattenakteure, dass diese «randalierten, als hätten sie unter Drogeneinfluss gestanden». Nunmehr, so Sarid, bliebe wohl kein anderer Ausweg, als «darüber nachzudenken, alle 120 Knesset-Mitglieder nach Hause zu schicken, das Parlament aufzulösen und Platz für eine neu zu wählende Volksvertretung zu machen». Sarid warnte jedoch davor, «auch nur einen Augenblick anzunehmen, das Verspritzen von Vitriol gegen die jeweils andere Seite sei ernsthafter Empörung entsprungen. Alles war vorgeplant und einkalkuliert, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, bei welcher Wählerschaft auch immer» (Haaretz, 3. Juni 2010, S. 2).

Ein Nachtrag: Am 7. Juni befürwortete der zuständige Knesset-Ausschuss den Antrag, Frau Zuabi die parlamentarische Immunität abzuerkennen. Die Entscheidung des Plenums steht noch aus; zu erwarten ist, dass auch Vertreter der Regierungsparteien – besorgt um die Demokratie – gegen den Antrag stimmen werden. Hanin Zuabi hat, wie andere arabische Abgeordnete, z. B. Ahmed Tibi und Talab Al-Sana, in den letzten Tagen zahlreiche Morddrohungen per Internet und Telefon erhalten (vgl. u. a. Haaretz, 8. Juni 2010, S. 3). Aus ihrer Sicht stehen die Drohgesten in Verbindung mit der anti-arabischen Stimmungsmache im Parlament.

ERSTE BILANZ

Zahlreiche israelische Politiker und Publizisten verweisen darauf, dass die Entscheidung der sieben Mitglieder des Sicherheitskabinetts bzw. die Exekutionsstrategie des Verteidigungsministers dem internationalen Prestige Israels und der Würde des israelischen Volkes diametral entgegengesetzt gewesen seien. «Keine Erklärung», so der prominente Schriftsteller David Grossman, «kann das Verbrechen von Montagmorgen rechtfertigen oder reinwaschen, kein Argument kann uns die Torheit, mit der Regierung und Armee vorgegangen sind, begreiflich machen. [...] In welchem Maße verunsichert, verwirrt, verschreckt muss ein Staat sein, der so vorgeht!» (HA, 1. Juni 2010, S. 1 u. 7). Deftiger noch urteilt Yossi Sarid: Die Eingreiftruppe sei «von sieben Idioten und deren Untergebenen vorbereitet worden – von Menschen, die nicht über ihre Nasenspitze hinausblicken können» (HA, 1. Juni 2010, S. 5). Die Welt demonstrierte heute gegen Israel und der weltweite Antisemitismus habe durch die israelische Regierung nicht nur einen kräftigen Schub, sondern auch neue Argumentationsflächen erhalten.

Zur Negativbilanz gehören recht unterschiedliche internationale, regionale und innerisraelische Wirkungen:

– Irreparabel sei die US-Diplomatie beschädigt worden; die USA und die westeuropäischen Staaten, gerade mit dem Sanktionsbeschluss gegen Iran beschäftigt, sahen sich urplötzlich mit dem neuen nahöstlichen Konfliktfall konfrontiert; das Treffen Obama – Netanjahu in Washington sei verschoben, die Front gegen die «iranische Bombe» geschwächt worden.

– Israel habe seinen vorletzten «Freund» am Mittelmeer, die Türkei, verloren; das bilaterale Verhältnis, bereits durch den Gaza-Krieg getrübt, habe ein Tief erreicht; die USA, mit beiden Staaten freundschaftlich verbunden, stünden vor einem komplizierten Vermittlungsbemühen.

– Islamistische Bewegungen und Politiker weltweit, insbesondere jedoch Erdogan und Ahmadinejad, seien in ihrem internationalen Prestige und in ihren antiisraelischen Positionen gestärkt worden; mittelfristig bestehe die Gefahr, dass sich eine islamistische Achse Türkei – Iran – (Afghanistan) unter Einbeziehung arabischer «Feindstaaten», z. B. Syriens, gerichtet gegen Israel, herausbilde (ähnliche Staatenbündnisse bestanden bereits nach dem I. und dem II. Weltkrieg).

– Die Suche nach Friedenskompromissen zwischen Israel und den Palästinensern bzw. den Syrern sei deutlich erschwert und der mühsam erreichte Konsens über indirekte Gespräche in Frage gestellt worden; die Überbetonung des Gewaltfaktors seitens der israelischen Staatsführung und Armee habe der regionalen Sicherheit und Stabilität schweren Schaden zugefügt.

– Der ungelöste Nahostkonflikt und vor allem die inhumane Abriegelung Gazas seien mehr als zuvor wieder in das Blickfeld der UNO bzw. der internationalen Staatenwelt und Öffentlichkeit gerückt worden, wobei Verantwortung und Schuld für Blockaden vornehmlich Israel angelastet werden.

– Innerhalb Israels spitze sich das jüdisch-arabische Grundverhältnis ernsthaft zu, nicht zuletzt infolge der vorübergehenden Inhaftierung führender islamischer Geistlicher bzw. der «Hexenjagd» gegen arabische Knesset-Mitglieder; rassistische Stimmen und rassistisch motivierte Zwischenfälle würden zunehmend zum Bestandteil des political correctness im Lande. Der langjährige Knesset-Abgeordnete der Arbeitspartei (*Avoda*), Uzi Baram, bezeichnet zu Recht die Haltung gegenüber den arabischen Staatsbürgern als «Lackmustest» für die israelische Demokratie (Jisrael hajom, 10. Juni 2010, S. 26).

AUSBLICK

Das israelische Staatsschiff ist an mehreren Stellen leck geschlagen. Um «in internationalen Gewässern» wieder Fahrt zu gewinnen, werden einige Reparaturen erforderlich sein. Korrekturen der bisherigen Politik jedoch sind an die machtpolitischen Gegebenheiten gebunden. Jede ernsthafte Veränderung der Position der Exekutive muss durch das «Nadelöhr» des Kabinetts, abgesegnet durch eine Knesset-Mehrheit und vorzeigbar der Öffentlichkeit. Die Politik der derzeitigen Regierung ist mehr als kurzsichtiger Pragmatismus oder mühsam zustande gebrachter Kompromiss. Sie ist vielmehr eingebunden in den größeren innen- und außenpolitischen Kontext der Ideengebäude, Interessenlagen und Parteiprogramme des national-konservativen bzw. religiös-fundamentalistischen Regierungsbündnisses. Jede generelle gesellschaftliche Trendwende dürfte außerhalb des politischen Wollens und Vermögens der rechten Politiker liegen.

Andererseits sind die Kritik der internationalen Öffentlichkeit, einschließlich maßgeblicher Stimmen in den USA, die außenpolitische Isolierung Israels und damit der äußere Druck, zumindest einen Politikwechsel in ausgewählten konkreten Fragen einzuleiten, derart stark geworden, dass eine Fortsetzung des «business as usual» den nationalen Interes-

sen Israels zuwider läuft bzw. die Aktionsfähigkeit der Exekutive ernsthaft einengt. Um dieser Tendenz zu begegnen und einige Ventile zu öffnen, scheint die Regierung Netanjahu derzeit eine vorsichtig kalkulierte «Rückwärtsstrategie» bzw. eine taktisch orientierte außenpolitische «Entlastungsoffensive» einzuleiten. Als deren Hauptelemente seien benannt:

1. *Modifizierung der Gaza-Blockade*: Auch in Israel verbreitet sich die Einsicht, dass die rigorose Wirtschaftsblockade Gazas durch Israel und – bis zum 8. Juni 2010 – auch durch Ägypten ihre vorrangigen Ziele (Schwächung und mögliche Machteliminierung der *Hamas*, Unterbindung von Waffenschmuggel und Raketenbeschuss, Freipressung des Soldaten Gilad Schalit) nicht nur nicht erreicht hat, sondern sich für Israel (mit Blick auf die internationalen Bündnisbeziehungen) zunehmend als kontraproduktiv erweist. Ob die Blockade in absehbarer Zeit gänzlich aufgehoben wird und welche Kontrollmechanismen gefunden werden, um Waffenschmuggel zu unterbinden, mag dahingestellt bleiben. Zu erwarten sind auf jeden Fall Modifizierungen in den Restriktionen, sei es die breitere Öffnung der Zugänge für den Personen- und Warenverkehr, sei es die Überarbeitung der diskriminierenden Warenlisten für zivile Güter. Parallel dazu wird die israelische Regierung ihr Interesse an der Kontrolle Gazas aufrechterhalten, ohne den Streifen erneut besetzen zu müssen und ohne den Eindruck zu erwecken, 1,5 Millionen Menschen kollektiv abzustrafen und sie der *Hamas* in die Arme zu treiben.

2. *Untersuchungskommission*: Es zeichnet sich ab, dass Israel die weltweite Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung der Schiffstragödie nicht gänzlich negieren kann. Eine internationale Kommission freilich, wie der UN-Sicherheitsrat sie fordert, lehnt die israelische Führung noch strikt ab. «Kein Goldstone II» – so ihre Position. Da die entsprechende Forderung jedoch immer drängender wird, sucht das Kabinett die Internationalität zu unterlaufen, indem sie zunächst eine Kommission der Armee unter Führung des Generalmajors i. R. Giora Eiland berief. Zusätzlich zur Selbstevaluierung der Streitkräfte beabsichtigt die Regierung, ein weiteres Untersuchungsgremium mit Spitzenjuristen des internationalen und Seerechts zu bilden, dem auch zwei ausländische Beobachter, einer davon aus den USA, angehören könnten. Die Kommissionen sollten vor allem zwei Fragen beantworten: Erstens: War Israel berechtigt, in internationalen Gewässern militärisch zu agieren? Zweitens: Hat Israel exzessive Gewalt angewandt? Ein hoher israelischer Beamter nahm gegenüber *Haaretz* die Antworten bereits vorweg: Frage 1 – Ja, Frage 2 – Nein (*Haaretz*, 4. Juni 2010, S. 1).

3. *Beziehungen zu den USA*: Besondere Anstrengungen dürfte das Kabinett Netanjahu unternehmen, die Beziehungen zu den USA nicht weiter zu belasten bzw. den gegenwärtigen Negativtrend wieder zum Positiven zu wenden. Der Warnschuss des Mossadchefs, Meir Dagan, in der Knesset, dass Washington den langjährigen Partner Israel zunehmend mehr als «strategische Bürde denn als Aktivposten» empfinde, blieb nicht ohne Wirkung. Dem US-Präsidenten könnten somit größere Spielräume zuwachsen, um auf die Nahostsituation Einfluss zu nehmen. Wie amerikanische Interessen bzw. US-Nahostdiplomatie in konkrete Realität umgesetzt werden können, ob es Obama gelingt, in den USA hinreichend innenpolitische Unterstützung für sein Konfliktma-

nagement in Nahost zu finden und ob der Palästinenserstaat im August 2011 ausgerufen wird – diese und viele andere Fragen bleiben zunächst offen.

4. *Israelisch-türkisches Grundverhältnis*: Ein zentrales Politikfeld der nahen Zukunft dürfte die Revitalisierung bzw. Reaktivierung der ehemals engen, nunmehr ernsthaft gestörten Beziehungen zur Türkei sein. Geostrategisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich bleibt die Türkei für Israel eine bedeutsame Größe in den äußeren Beziehungen. Die derzeit überhitzte Atmosphäre wird zunächst einer «Abkühl- und Denkphase» bedürfen, bevor in einem mühsamen Prozess alte Kooperationswege repariert und neue Brücken gebaut werden können. Ein Beharren auf Konfrontation wäre für die israelischen Sicherheits- und Regionalinteressen desaströs.

5. *Der Faktor Iran*: Ihm wird weiterhin hohe innen- und außenpolitische Bedeutung zugemessen werden. Er ist für das politische Establishment in Israel in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Einerseits bestehen echte Befürchtungen, dass der Aufstieg Irans zur Atommacht das regionale Kräfteverhältnis zu Ungunsten Israels wesentlich verändern und die israelische Sicherheitsdoktrin in Frage stellen könnte. Mit der «Iranfrage» verfügt Israel andererseits über ein Thema bzw. Instrumentarium, in der internationalen Politik präsent zu bleiben bzw. sie zu beeinflussen. Nicht zuletzt lässt sich durch permanente Beschwörung der «iranischen Bombe» und damit jüdischer Urängste (Gefahr des erneuten Holocaust) die eigene Bevölkerung verunsichern und eine restriktive Innenpolitik rechtfertigen. Real existierende Furchtkomplexe auf der einen, politische Instrumentalisierung auf der anderen Seite sind in dieser Frage schwer voneinander zu trennen. Parallel zur Konterstrategie gegenüber Iran wird Israel verstärkt nach effektiven Mitteln und Wegen suchen, wie künftig mit militant-islamistischen nichtstaatlichen Akteuren von jenseits der Grenze umgegangen werden kann.

6. Bereits vor Monaten startete die israelische Regierung eine *internationale PR-Offensive*, um die Politik der rechten Koalition zu erklären und ihr internationale Unterstützer bzw. Freunde zu gewinnen. Die Kampagne richtet sich vor allem auf namhafte Repräsentanten, Organisationen und einflussreiche Politiker der jüdischen Diaspora mit Schwerpunkt USA. Aktiviert wurde insbesondere die Israel-Lobby im US-Repräsentantenhaus und im Senat. «Wir sind die Opfer und mussten diese Aktionen durchführen, um uns zu verteidigen», umwarb der stellvertretende israelische Außenminister, Daniel Ayalon, am 1. Juni in den USA Vertreter jüdischer Organisationen: «Der Krieg wird heute auf den Bildschirmen geführt; es ist ein politischer Krieg, ein PR-Krieg und auch ein juristischer Krieg. Wir brauchen euch daher mehr denn je zuvor» (*Haaretz*, Forward, 6. Juni 2010, S. B1).

Der erforderliche Strategiewechsel, insbesondere auch erste Schritte in Richtung auf den Nahostfrieden, wird mit der derzeitigen Regierungskoalition nicht erreichbar sein. Israel benötige «eine Führung, die vor einer Neubewertung der meisten Grundstrategien und Schlussfolgerungen hinsichtlich der *Hamas* in Gaza nicht zurückschreckt», schreibt Yossi Alpher, ehemaliger Direktor des Jaffee-Zentrums für Strategische Studien in Tel Aviv (bitterlemons.org: Palestinian-Israeli crossfire, 7. Juni 2010, S. 3). Seine Forderung scheint nicht allein den Umgang mit *Hamas* zu betreffen, sondern für viele Politikfelder von Bedeutung zu sein.

Ob «Bibi» Netanjahu diese im nationalen Interesse liegende Leistung erbringen kann und will, bleibt offen. Nur wenige Israelis trauen ihm einen innenpolitischen «Befreiungsschlag» zu. Sollte er ihn wagen, so stünde vor ihm der bittere Weg in Richtung auf die *Likud*-Dissidenten, d. h. einer großen Koalition mit Zipi Livnis *Kadima* als der stärksten Knesset-Fraktion. Der neue Machtpool würde für die israelische Innenpolitik – *Kadima* ist sozialpolitisch nicht progressiver als *Likud* – kaum spürbare Veränderungen bewirken. Er würde den internationalen Beziehungen des Landes, insbesondere dem Verhältnis zu den USA, und dem komplizierten Prozess der Neubewertung regionaler Akteure bzw. der Stärkung israelischer Positionen jedoch neue Möglichkeiten eröffnen. Das politische Establishment steht vor einer Reihe kardinaler Zukunftsentscheidungen.

DR. ANGELIKA TIMM

leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel.

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2010

01/2010

MIRIAM LANG

Präsident will doch Öl im Regenwald fördern Ecuador:
Indigene und Gewerkschaften planen Widerstandsaktionen

02/2010

TORGE LÖDING

Costa Rica: Duell der Rechten oder linke Überraschung?

03/2010

GREGORY WILPERT

Venezuela steht im Wahljahr 2010 vor großen Herausforderungen

04/2010

RAUL ZELIK

Kolumbien: Rechte sitzen im Wahljahr fest im Sattel Von Risiken
und Chancen für Frieden und Demokratie

05/2010

TADZIO MÜLLER

Der Klimagipfel in Bolivien: Auftrieb für die globale
Klimabewegung

06/2010

FIROZE MANJI

Independence, nation-state and development: nature and
consequences of colonisation and decolonisation

07/2010

ALEXANDER LEWTSCHENKO

Die ukrainische Linke und die ukrainisch-russischen
Beziehungen

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de